

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/5806 –**

**Abgasnorm Euro-7 mit Augenmaß und Realitätssinn weiterentwickeln –
Mobilität fördern, nicht verhindern**

A. Problem

Die Antragstellerin hat einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll, die Abgasnorm Euro-7 mit dem Ziel weiterzuentwickeln, Mobilität zu fördern und nicht zu verhindern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5806 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2023

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Harald Ebner
Vorsitzender

Daniel Rinkert
Berichtersteller

Christian Hirte
Berichtersteller

Linda Heitmann
Berichterstellerin

Nils Gründer
Berichtersteller

Thomas Ehrhorn
Berichtersteller

Amira Mohamed Ali
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Daniel Rinkert, Christian Hirte, Linda Heitmann, Nils Gründer, Thomas Ehrhorn und Amira Mohamed Ali

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 20/5806** wurde in der 88. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. März 2023 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Europäische Kommission hat am 10. November 2022 ihren Vorschlag für die neue Abgasnorm Euro-7 vorgestellt. Dadurch soll im Wesentlichen das sog. „Null-Schadstoff-Ziel“ des Green Deals erreicht und die Luftqualität, insbesondere in Städten, verbessert werden.

Vor dem Hintergrund dieses Vorhabens der Europäischen Kommission zielt der Antrag darauf ab, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll,

1. sicherzustellen, dass die bereits erreichten Erfolge zur Verbesserung der Luftqualität in den Verhandlungen zur Abgasnorm Euro-7 mitberücksichtigt werden;
2. sich bei den anstehenden Verhandlungen auf EU-Ebene für eine technologisch umsetzbare Absenkung der Grenzwerte und für realistische Testbedingungen einzusetzen, sodass es nicht zu einem vorzeitigen Verbrenner-Aus durch die Hintertür kommt;
3. den Herstellern eine angemessene Übergangszeit für die Umsetzung der Vorschriften in Form eines Phase-Ins bei gleichzeitiger Trennung zwischen Pkw und leichten Nutzfahrzeugen zu garantieren, da für bestimmte Emissionen (Ammoniak und Bremsabrieb) noch keine serienprobten technischen Lösungen vorliegen und eine Überlastung der Zulassungsbehörden aufgrund der zum 1. Juli 2025 zu erwartenden Typgenehmigungen droht;
4. dafür Sorge zu tragen, dass die Europäische Kommission die weiteren Detailregelungen zur neuen Abgasnorm Euro-7 auch über den Verordnungsweg und mit Beteiligung der Mitgliedstaaten sowie des Europäischen Parlaments und nicht über delegierte Rechtsakte umsetzt;
5. im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit darauf zu achten, dass durch die steigenden Anforderungen keine signifikante Verteuerung von Kleinwagen zu Lasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern stattfindet;
6. ebenfalls im Sinne der Nachhaltigkeit die möglichen Auswirkungen der neuen EU-Regulierung auf die Wettbewerbsfähigkeit sowie Arbeitsplätze in der Automobilindustrie ernsthaft zu prüfen und auch daran ihre Positionierung in Brüssel auszurichten;
7. zu prüfen, ob die Regulierung von nicht abgasbezogenen Partikeln (Non-Exhaust Particle Emission) aus Reifen- und Bremsabrieb nicht besser im Rahmen der jeweiligen Systemgenehmigung zu verorten ist.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 52. Sitzung am 20. September 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5806 abzulehnen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 50. Sitzung am 20. September 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5806 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 45. Sitzung am 20. September 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5806 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 76. Sitzung am 20. September 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5806 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz hat den Antrag auf Drucksache 20/5806 in seiner 47. Sitzung am 20. September 2023 abschließend behandelt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte ihren Antrag vor und führte aus, dass seitens der EU Nachteile für die deutsche Automobilindustrie drohten. So gebe es ein Stück weit erneut eine Diskussion über ein Verbrennerverbot. Die Fraktion betonte, dass es notwendig sei, sich weiter für die Verbesserung der Luftqualität in den deutschen Städten einzusetzen. Hierbei forderte sie aber eine Weiterentwicklung mit Augenmaß, sodass am Ende die Mobilität gefördert und nicht verhindert werde, dass es keine Technologieverbote geben und dass dies mit fachlich vernünftigen Komponenten umgesetzt werden solle. In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass man bei den aktuell geplanten Verschärfungen nicht nur die Werte massiv verschärfen wolle, sondern dass vor allem die Testrandbedingungen zum Teil völlig unrealistische Umstände mit in den Blick nehmen sollten. So solle als Beispiel auch ein voll beladener Pkw, der mit Anhänger einen Berg bei 10 Grad minus hinauffahre, alle Werte einhalten. Realität sei, dass die aktuellen Fahrzeuge schon die mit Euro-7 festgelegten Werte schafften, aber nicht in jedem Moment. Deswegen sei es aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU sinnvoll, zu schauen, dass man am Ende nicht nur die Industrie, sondern vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordere, weil ansonsten vor allem Kleinwagen massiv teurer würden. Darauf wiesen auch die Ministerpräsidenten der Automobilländer Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen hin, die ebenfalls große Zweifel daran hätten, dass es dabei positive Umweltaspekte gebe. Deswegen fordere die Fraktion der CDU/CSU die Bundesregierung auf, ihre Verantwortung in Europa wahrzunehmen und dafür zu sorgen, dass man zu realistischen Bedingungen komme, dass es eine angemessene Übergangszeit geben werde und dass die EU-Kommission dabei unterstützt werde, auch die Automobilindustrie im Blick zu behalten.

Die **Fraktion der SPD** brachte zum Ausdruck, sie habe großes Vertrauen darin, dass die Bundesregierung die Interessen Deutschlands bei den Verhandlungen zur Abgasnorm Euro-7 gut vertreten werde. Erst am vergangenen Freitag habe die spanische Ratspräsidentschaft ihren sechsten Kompromissvorschlag zur Schadstoffregulierung Euro-7 vorgelegt. Diesen umfassenden und umfangreichen neuen Vorschlag müsse man erst einmal in Ruhe prüfen; zudem hätten die Beratungen gerade erst begonnen. Wichtig sei jedoch, dass einige Rahmenbedingungen klar sein müssten. Die Zukunft von Personen- und Lastkraftfahrzeugen werde elektrisch sein. Allerdings würden auch nach 2035 noch zahlreiche Verbrennerfahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren und das voraussichtlich noch für einen langen Zeitraum. Deshalb sei die Euro-7 Abgasnorm sehr wichtig. Im Sinne des Umwelt- und Gesundheitsschutzes sollte ein gutes Niveau bei den Nachschärfungen der Abgasnorm erreicht werden. Darüber hinaus müsse ein realistischer Zeitrahmen für die Einführung der Abgasnorm Euro-7 gefunden und es müssten Zielsetzungen des Umweltschutzes und wirtschaftliche Interessen in Einklang gebracht werden, denn schließlich gehe es um viele gut bezahlte, tariflich gebundene Arbeitsplätze in der Automobilindustrie. Die Fraktion der SPD zeigte sich überzeugt, dass es – auch mit Hilfe der Bundesregierung – in den anstehenden Beratungen gelingen werde, die Maßnahmen auf ein realistisches Niveau zu bringen, damit sowohl der Umweltschutz als auch die Automobilindustrie eine gute Zukunft hätten. Da die Beratungen gerade erst begonnen hätten, werde man den Antrag der CDU/CSU-Fraktion ablehnen.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, dass die Analyse der Fraktion der CDU/CSU in großen Teilen durchaus richtig sei, doch könne der Sinn dieses Antrages nicht erkannt werden. Es scheine, dass die Fraktion der CDU/CSU in

Opposition zu dem trete, was die EU-Kommissionspräsidentin mit ihrer Entourage in Europa federführend zu verantworten habe oder dass sie einen Versuch unternahme, im Nachhinein behaupten zu können, man hätte hier Schlimmstes verhindern wollen. Tatsächlich sei die Euro7-Norm nichts weiter als ein Sabotageprogramm für das deutsche und für das Automobil insgesamt. Ingenieure beurteilten das Vorhaben als etwas, das in der Mitte zwischen total überambitioniert und völlig wahnsinnig liege. Für viele der geforderten Maßnahmen gebe es noch keine technischen Lösungen, zumindest keine, die in irgendeiner Weise serien- oder marktreif wären. Bleibe es dabei, dass im Jahr 2025 jedes neu zugelassene Fahrzeug die Abgasnorm Euro-7 in der jetzigen Form erfüllen müsse, werde das zum Zusammenbruch der Automobilproduktion in Europa führen. Auch würde dies zu einer signifikanten Verteuerung insbesondere von Kleinwagen führen, sodass sich viele Menschen die Fahrzeuge nicht mehr leisten könnten. Das angestrebte Ziel sei nicht, sinnvolle Grenzwerte zu erreichen, sondern 80 Prozent der auf den Straßen der Bundesrepublik fahrenden Fahrzeuge einfach zu entsorgen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte den Vorschlag der EU-Kommission zur Erarbeitung einer ambitionierten Abgasnorm Euro-7. Ambitioniert bedeute für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Motoren künftig kosteneffizient, aber vor allem auch sauber sein müssten. Aktuelle Schätzungen zur Folge gebe es in der Europäischen Union bis zu 400 000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr durch Luftverschmutzung. Herzkrankheiten, Schlaganfälle, Lungenkrebs und andere Lungenkrankheiten würden nachweislich durch Abgase verursacht. Besonders zu begrüßen sei, dass nach dem Vorschlag der EU-Kommission erstmals auch zusätzliche Grenzwerte für Partikelemissionen von Bremsen und Mikroplastikemissionen von Reifen vorgesehen seien. Bezüglich des Abriebs gebe es momentan bei den verschiedenen Reifenherstellern noch große Unterschiede. Wenn man an dieser Stelle vorankomme, könne auch die Lebensdauer von Reifen gesteigert werden, was sich letztlich auch positiv auf die Verbraucherinnen und Verbraucher auswirken werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** trug vor, dass nach Angaben der Europäischen Umweltagentur im Jahr 2021 97 Prozent der europäischen Bevölkerung einer Feinstaubkonzentration oberhalb der Empfehlung der WHO (Weltgesundheitsorganisation) ausgesetzt gewesen seien. Da es hier dringenden Handlungsbedarf gebe, werde der Antrag der Fraktion der CDU/CSU entsprechend abgelehnt. So sei es notwendig, den Verursachern von Luftschadstoffen strengere Auflagen zu machen. Zwar führe die Fraktion der CDU/CSU an, dass kurzfristig keine ausreichenden Kapazitäten für die notwendigen Messungen zur Verfügung stünden, doch sei realistischerweise davon auszugehen, dass die Anbieter dieser Messungen mit Vorliegen der Entscheidung entsprechende Investitionen vornehmen würden, da dies ihr Gewerbe sei. Auch halte die Fraktion DIE LINKE. die Darstellung bezüglich der fehlenden Mittel für diese Investitionen angesichts der Gewinne der deutschen Autokonzerne in Milliardenhöhe im Jahr 2022 für falsch. Was den Autokonzernen tatsächlich fehle, seien verlässliche politische Rahmenbedingungen, die ihnen klare Ziele vorgeben und sie in der Transformation begleiten würden. Weiter stimmte die Fraktion DIE LINKE. der Argumentation zu, dass Autos und dabei insbesondere Kleinwagen durch die Anforderungen der neuen Abgasnorm teurer würden, doch werde das nicht in dem Maße eintreten, wie man es die Menschen glauben machen wolle. Die EU-Kommission gehe davon aus, dass sich die Kosten für einen Klein- und Mittelklassewagen um weniger als 200 Euro, also gerade mal um ein Prozent des Kaufpreises, erhöhen würden. In Zeiten der Klimakrise werde klar, dass verbrauchsarme Fahrzeuge benötigt würden. Die Produktpolitik der deutschen Hersteller gehe aber mit immer größeren und schwereren Autos, die mit einer immer stärkeren Motorisierung ausgestattet würden, genau in die andere Richtung. Hier seien dringend politische Handlungen gefordert. Es bedürfe einer Verbrauchsregulierung für Elektroautos und auch Angebote für bezahlbare Kleinwagen.

Die **Fraktion der FDP** führte einleitend aus, die aktuelle Regierungskoalition habe sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass man eine ambitionierte und vor allem umsetzbare Schadstoffnorm Euro-7 schaffen wolle. Der Vorschlag der EU-Kommission sei zwar ambitioniert, allerdings in dieser Form nicht umsetzbar. Die FDP-Fraktion sehe es kritisch, dass sich die EU-Kommission über das zeitlich und technisch Machbare hinwegsetze. Ähnlich wie die Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und Stephan Weil sei die FDP-Fraktion der Auffassung, dass vor allem der Zeitrahmen ein Problem für den Wirtschaftsstandort Deutschland darstelle. Durch den engen Zeitrahmen müssten enorm hohe Ressourcen in die Umsetzung von Euro-7 investiert werden. Diese Ressourcen würden dann an anderer Stelle fehlen – beispielsweise beim Klimaschutz.

Der Antrag der CDU/CDU-Fraktion beinhalte wenig konkrete Vorschläge. Aus Sicht der FDP-Fraktion brauche man wieder einen Katalog für die Zusammensetzung der Testrandbedingungen. Die vorgesehene Prüfung der Einhaltung der Grenzwerte sei alltagsfern. Alltagsferne Bedingungen führten aber nicht zu Sicherheit, sondern vor allem zu Rechtsunsicherheit. Wichtig sei der FDP-Fraktion zudem, dass der Erfüllungstermin konkret auf 2027 festgelegt werde. Ansonsten werde die Zeit für die notwendigen technische Anpassungen nicht ausreichen.

Zudem müssten auch E-Fuels in der Abgasnorm Euro-7 anerkannt werden. Eine Euro-7 Abgasnorm ohne E-Fuels wäre aus Sicht der FDP-Fraktion für die Bundesrepublik Deutschland nicht zustimmungsfähig.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5806 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2023

Daniel Rinkert
Berichtersteller

Christian Hirte
Berichtersteller

Linda Heitmann
Berichterstellerin

Nils Gründer
Berichtersteller

Thomas Ehrhorn
Berichtersteller

Amira Mohamed Ali
Berichterstellerin

